





GEDÄCHTNISPROTOKOLL GESPRÄCH RWE

Gesprächspartner, Institution (Position):

Rolf Martin Schmitz - CEO RWE AG

Gesprächsdatum, Uhrzeit:

8.Juli, 12:30

Gesprächsort:

Berlin, Telefonat

Gesprächsthema:

Unternehmensverantwortung und politische Regulation,
Systemgrenzen & Demokratieerhalt, Energiebranche

Kurze Zusammenfassung (Wichtigste Aussagen):

Das Gespräch mit Herrn Schmitz war durchweg freundlich, wenn er Frau de Vries, unsere Mitarbeiterin des fiktiven „Bundesamts für Krisenschutz und Wirtschaftshilfe“ auch ständig unterbrach, was für Männer auf diesen Positionen vermutlich noch üblich ist. Er setzte durchweg auf erneuerbare Energien und einen kommenden Wasserstoffmarkt, was in dieser Deutlichkeit erstaunlich ist. Zugleich sieht er unerschöpfliche Energie, da er eine Form der externalisierten Stromerzeugung anzustreben scheint, was sowohl aus post-kolonialer Perspektive als auch ökologisch hochproblematisch ist: Die Länder des globalen Südens werden selbst ihren Strom brauchen und bislang ist nicht absehbar, dass sie bei einem starken Export komplett auf erneuerbare, weg von fossilen Brennstoffen, umschwenken. Er sieht zudem weniger fliegen und mehr Telekonferenzen als eine Lösung für den Klimawandel.

Schmitz: „Wenn man schon sehr viel Mittel in die Hand nimmt – dann würde ich im Sinne der Modernisierung und im Sinne der Energiewende CO₂-Vermeidung und ähnliches, kommendes Thema Wasserstoffwirtschaft natürlich stark in den Vordergrund rücken, weil es keine andere Möglichkeit zur Dekarbonisierung der Wirtschaft gibt.“

De Vries: „Jetzt hat die Krise uns gezeigt, ich sag mal so, wie dünn das Eis ist, auf dem die Wirtschaft tanzt und dieses Eis schmilzt. Stichwort Klimakrise. Müsste es vielleicht eine Wirtschaft geben, die auch schrumpft, dass das Wachstum nicht mehr weitergehen kann, weil einfach der Klimawandel uns Grenzen setzt und setzen wird?“

Schmitz: „Nein, auf keinen Fall. Ich halte für das ziemlichen Unsinn, was Sie da suggerieren, weil wir werden nur mit Technologie und mit Wachstum auch daraus die Herausforderungen der Zukunft weiter lösen können, also wer glaubt, indem wir uns alle nur gegenseitig die Haare schneiden und ähnliches, das würde dann funktionieren, das wird überhaupt nicht funktionieren.“

Die kompletten Gedächtnisprotokolle
und Reaktionen der Unternehmen
finden sie unter: [Pen.gg/Klingelstreich](https://pen.gg/Klingelstreich)

De Vries: „Trotzdem bleibt die Frage, ob jetzt nicht eine historische Chance ist, die ganze deutsche Wirtschaft neu zu gestalten und zu sagen, dass der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, nicht so weitergehen kann. Wird durch etwas Neues ausgelöst werden, dessen Gestalt wir noch nicht kennen, aber die wir jetzt zusammen formen können und wo wir gerne die großen Unternehmen, die Schlüssel-Unternehmen Deutschlands gerne mit dabei hätten. Um das zusammen zu gestalten, eine Art Wirtschaft 4.0 sozusagen.“ [hier hat er schon drei mal rein geredet]

Schmitz: „Das wäre ein absolut historischer Fehler und ich würde mich vehement mit allem, was ich kann, dagegen aussprechen.“

Schmitz: „Ich habe noch nie erlebt, dass Politik die Wirtschaft gestaltet hat. Das wäre ein einmaliges Experiment.“

Ausführliches Protokoll:

Wir waren in der Wohnung einer unserer Kolleginnen und hatten uns verkleidet, als seien wir vom „Bundesamt für Krisenschutz und Wirtschaftshilfe“. Für die Video-Aufzeichnungen haben wir zwei Kameras in den Raum gestellt und ein paar Bücher im Hintergrund drapiert. Anwesend waren weiterhin Mitglieder des Peng Kollektivs und ein Journalist.

Die Sekretärin von Herrn Schmitz schaltete uns zu Herrn Schmitz durch, der unseren Anruf schon – vielleicht auch mit etwas Vorfreude – erwartete. Zunächst stellte ich unser Anliegen vor und erzählte die Grunderzählung dieses fingierten Bundesamtes sowie eine ökonomische Analyse seines Unternehmens.

De Vries: „Es geht jetzt wirklich eher um ein offenes Vorgespräch. Die Bundesregierung ist dabei, ein neues Konjunkturpaket zu schnüren. Je nachdem, wie die Rezession kommen wird. Und jetzt wollen wir schauen, in welchen Unternehmen, Branchen und Maßnahmen das Geld optimal angelegt wäre, damit wir die Wirtschaft souverän und widerstandsfähig halten.“

Ich habe ihn darauf hingewiesen, dass RWE 2018 für fast 25 Prozent der CO2-Emissionen in Deutschland verantwortlich war. Und dass Deutschland immer noch rund 70 Prozent des Energieaufkommens durch Importe bezieht und das natürlich vulnerabel macht. Ich habe ihn gefragt, was er sagen würde, wie neue staatliche Hilfen eingesetzt werden sollten.

De Vries: „Die Frage ist nach Ihrer Einschätzung. Wenn Sie sich die Wirtschaft in fünf bis zehn Jahren anschauen und die Rolle von RWE da drin, wie sollten die staatlichen Hilfen eingesetzt werden?“

Schmitz erzählt, dass es RWE sehr gut gehe und sagt dann überraschenderweise, dass sie mit Kohle-Energie ja sowieso gar nicht mehr so viel zu tun hätten.

Wenn es neue staatliche Hilfen geben würde, dann sollten sie nach Schmitz nur für erneuerbare Energien und für die Wasserstoffwirtschaft des Unternehmens eingesetzt werden. Die Kohle erwähnt er nicht.

Schmitz: „Wofür wir plädieren: Wenn man schon sehr viel Mittel in die Hand nimmt, diese dann auch wirklich im Sinne der Modernisierung und im Sinne der Energiewende, CO2-Vermeidung und Ähnliches. Damit kommt das Thema Wasserstoffwirtschaft natürlich stark in den Vordergrund rein, weil es keine andere Möglichkeit zur Dekarbonisierung in der Wirtschaft gibt.“



Generell war sehr beeindruckend, wie sehr Schmitz auf erneuerbare Energien setzte und immer wieder betonte, dass es in Zukunft unendlich viel Energie gebe. H2, Sonne, Wind. Und das unendlich. Das scheint sein Rezept.

Schmitz: „Energie steht unbegrenzt zur Verfügung aus Wind und Sonne, das ist absolut unbegrenzt Energie“.

Ich sprach ihn auf die Endlichkeit von Land und seltenen Erden an, die man für Sonnenpanele und Windparks brauche, doch da unterbrach er mich wieder und verwies darauf, dass er weiter auf Importe und die Externalisierung der Stromproduktion setze:

Schmitz: „Nein, das ist genau so einen Unsinn, Entschuldigung, dass ich da gleich einhake. Das mag ja für Deutschland stimmen. Deutschland ist dicht besiedelt. In Deutschland ist das alles richtig. Aber weltweit betrachtet ist es völliger Unsinn.“

Danach wollte ich von ihm wissen, ob er es nicht auch für wichtig halte, dass die Wirtschaft irgendwann wieder schrumpfe, weil das Wachstum nicht ewig so weitergehen könne.

De Vries: „Jetzt hat die Krise uns gezeigt, ich sag mal so, wie dünn das Eis ist, auf dem die Wirtschaft tanzt und dieses Eis schmilzt. Stichwort Klimakrise. Müsste es vielleicht eine Wirtschaft geben, die auch schrumpft, dass das Wachstum nicht mehr weitergehen kann, weil einfach der Klimawandel uns Grenzen setzt und setzen wird?“

Bei diesem Thema war Schmitz recht verduzt und reagierte sehr deutlich.

Schmitz: „Nein, auf keinen Fall. Ich halte für das ziemlichen Unsinn, was Sie da suggerieren, weil wir werden nur mit Technologie und mit Wachstum auch daraus die Herausforderungen der Zukunft weiter lösen können, also wer glaubt, indem wir uns alle nur gegenseitig die Haare schneiden und ähnliches, das würde dann funktionieren, das wird überhaupt nicht funktionieren.“

Dass Einzelne ihr Verhalten aber ändern, um der Klimakrise zu begegnen hält er für sinnvoll. Er nannte als Beispiel weniger zu reisen.

Schmitz: „Wir können einmal ja, das haben wir ja jetzt alle gelernt, sehr viel mehr virtuell machen, anfangen weniger zu reisen.“

Schmitz meint dann, dass an dieser Stelle auch staatliche Gelder eingesetzt werden könnten, um Unternehmen grüner zu machen, also Investition in Digitalisierung und Energieeffizienz. Das bedeute seiner Meinung nach dann aber schon Wachstum und kein Schrumpfen.

An dieser Stelle habe ich nochmal nachgehakt. Ich wollte wissen inwiefern er sich eine staatliche Beteiligung bei RWE vorstellen könnte, da Energie ja zur Basisversorgung gehört.

De Vries: „Und daher ist unsere Frage: Unter welchen Bedingungen können Sie sich eine staatliche Beteiligung bei RWE vorstellen?“

Schmitz: „Ich brauche keine staatliche Beteiligung“

De Vries: „Die Frage, wer zum Beispiel, ob jemand vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit im Aufsichtsrat Platz nehmen könnte, damit auch die Interessen des Gemeinwohls immer versichert sind.“

Schmitz: „Wir bewegen uns im Rahmen von Recht und Gesetz.“ Hier sagte er auch noch was zu Compliance.“

Schmitz: „Und ich glaube nicht, dass der Staat glücklich wäre bei uns im Aufsichtsrat zu sitzen.“

De Vries: „(lacht) Das ist nochmal eine andere Frage“

Ich habe weiter nach:

De Vries: „Trotzdem bleibt die Frage, ob jetzt nicht eine historische Chance ist, die ganze deutsche Wirtschaft neu zu gestalten und zu sagen, dass der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, nicht weiter gehen kann. Wird durch etwas Neues ausgelöst werden, dessen Gestalt wir noch nicht kennen, aber die wir jetzt zusammen formen können und wo wir gerne die großen Unternehmen, die Schlüsselunternehmen Deutschlands gerne mit dabei hätten. Um das zusammen zu gestalten, eine Art Wirtschaft 4.0 sozusagen.“

An dieser Stelle unterbricht er mich direkt:

Schmitz: „Das wäre ein absolut historischer Fehler und ich würde mich vehement mit allem, was ich kann, dagegen aussprechen. Frau de Vries, also jetzt mal ernsthaft gefragt: Wie kommt man auf so Ideen?“

Ich versuche es noch ein paar Mal weiter, aber er kommt mir nicht entgegen. Schließlich wird er sogar ein bisschen zynisch.

De Vries: „Und da ist die Frage: Müssen wir die Wirtschaft nicht neu gestalten?“

Schmitz: „Viel Vergnügen.“

De Vries: „Entschuldigung?“

Schmitz: „Viel Vergnügen, kann ich da nur sagen. Ich habe noch nie erlebt, dass Politik die Wirtschaft gestaltet hat. Das wäre ein einmaliges Experiment.“

Wir verabschiedeten uns. Ein paar Stunden später rief er zurück, ich ging nicht ans Telefon. Als ich dann zurückrief, verbindet mich die Sekretärin sofort mit ihm. Das Telefonat lief so ab:



V: „Hallo Herr Schmitz, hier Frau De Vries. Vom Bundesamt.“

S: „Vielen Dank, Frau De Vries, dass sie zurückrufen. Ich hab noch eine Frage.“

V: „Ja?“

S: „Wer leitet denn ihre Behörde eigentlich?“

V: „Das ist der Herr Christian Wagner.“

S: „Auf der Webseite habe ich nirgendwo einen Namen gefunden oder so. Ich habe das Bundesamt sonst auch nicht gefunden. Ich habe nur Ihre Webseite gefunden. Ich weiß ja nicht, für welches Satire-Magazin sie arbeiten, aber dieses Amt gibt es nicht, wo sie sind. „

V: „Aber die Thematik, die bleibt wichtig.“

S: Ja, das mag ja sein, aber ihr Bundesamt gibt es nicht. Und ich mag nicht, wenn man sich unter falschem Namen bei mir einschleicht. Ich sag´s ganz offen.“

V: „Kann ich nachvollziehen. Wir sehen die Thematik aber als so wichtig, dass jetzt die Chance ergriffen werden sollte ...“

S: „Aber welcher Gruppierung gehören sie jetzt wirklich an?“

V: „Dazu kann ich Ihnen jetzt nichts sagen.“

S: „Ok, ich glaub Sie kriegen Ärger.“

Wir verabschiedeten uns freundlich und wünschten uns gegenseitig noch einen schönen Tag. Als ihn dann mein Kollege nochmal zurückrief, um ihn vollends über die Hintergründe des Telefonats aufzuklären, stellte die Sekretärin uns nicht mehr durch. Auch einen weiteren Rückruf bekamen wir nicht mehr.

Reaktion auf Konfrontation mit Aussagen aus dem Gedächtnisprotokoll:

Herr Schmitz schrieb uns sehr freundlich: „Mir war bereits vor dem Interview aufgefallen, dass auf der Webseite keinerlei Informationen zur Führung dieses Bundesamtes etc. vorhanden war.“ Er habe sich aufgrund der Gesprächsführung der Mitarbeiterin geärgert und hinterher festgestellt, dass es das Bundesamt gar nicht gebe.

Der Inhalt des Gedächtnisprotokolls, was wir ihm geschickt haben, deckte sich mit seiner Erinnerung. Weiterhin beteuerte er, dass er selbst herausgefunden habe, dass es sich eventuell um ein Satiremagazin handele und bedankte sich über unser Lob, dass er so fix war. Ihm sei Klimaschutz wichtig weshalb wir uns in der Sache einig seien. Auch für unsere Gewaltfreiheit bedankte er sich und nannte unsere Art in einem separaten Satz kritisch und intelligent. Schließlich deutete er an, dass er für ein weiteres Gespräch offen sei und er sich über weitere Auseinandersetzung freuen würde.





GEDÄCHTNISPROTOKOLL

GESPRÄCH FLUGHAFEN HAMBURG

Gesprächspartner, Institution (Position):

Leiter des Geschäftsbereichs Aviation Flughafen Hamburg GmbH

Gesprächsdatum, Uhrzeit:

Freitag 10. Juli 13:00 Uhr

Gesprächsort:

Berlin, Telefonat

Gesprächsthema:

Unternehmensverantwortung und politische Regulation,
Systemgrenzen & Demokratieerhalt

Kurze Zusammenfassung (Wichtigste Aussagen):

Die Leitung des Geschäftsbereichs Aviation des Flughafen Hamburg (im Folgenden LEITUNG AVIATION) war sehr engagiert im Gespräch und hat offen mitgedacht über die Vorschläge, die ich ihm als Frau De Vries, Mitarbeiterin des fiktiven „Bundesamts für Krisenschutz und Wirtschaftshilfe“ über die mögliche Umnutzung des Flughafens und ein Verbot innereuropäischer Flüge gemacht habe. Er hat deutlich gemacht, dass er als Flughafenbetreiber einfach einen Auftrag zu erfüllen habe und zwar einerseits offen mit uns brainstormen könne, aber dann andererseits doch seinen Auftrag und seine Position habe. Er erkennt sehr deutlich an, dass die Frage nach der Zukunft und Umnutzung sehr schwierig ist.

LEITUNG AVIATION: „Aber andere Verkehrsträger haben ja einen viel höheren Beitrag, insbesondere das Auto, da bin ich auch schon der Meinung, dass da natürlich auch entsprechend ein Beitrag geleistet werden muss, der viel höher sein kann und auch kommen sollte.“

De Vries: „Wir sind auch im Gespräch mit der Automobilindustrie, da sind wir ganz einer Meinung. Auch dort liegt die Frage nach Umnutzung.“

LEITUNG AVIATION: „Ich will mich auch nicht rausreden natürlich. Natürlich haben wir auch eine Verantwortung in einem Beitrag, aber da muss eben angemessen sein. Und ich sage jetzt mal, ein Verbot innereuropäischer Flüge, halte ich nichts von.“

Ausführliches Gedächtnisprotokoll:

Ich spreche mit LEITUNG AVIATION vom Hamburger Flughafen. Wir stellen uns vor wie immer (vgl andere Gesprächsprotokolle). LEITUNG AVIATION scheint sehr erfreut, mit

Die kompletten Gedächtnisprotokolle
und Reaktionen der Unternehmen
finden sie unter: [Pen.gg/Klingelstreich](https://pen.gg/Klingelstreich)

uns zu sprechen. Ich stelle das angebliche Konjunkturpaket vor und LEITUNG AVIATION hört ganz aktiv zu. Als ich zu den Problemen des Flughafens Hamburg komme, wird er etwas ruhiger, viele Mitarbeiter sind gerade in Kurzarbeit und Flugreisen sind für 4,9 Prozent der CO2-Emissionen verantwortlich. Ich frage ihn, ob tatsächlich so viele Arbeitsplätze am Flughafen Hamburg bereitgehalten werden müssen, wenn ja eh weniger geflogen werden soll.

De Vries: „Oder muss das schrumpfen? Und ist jetzt noch die Chance da, vielleicht umzudenken und Richtung eine Wirtschaft zu gehen, die dann tatsächlich klimaneutral sein kann?“

Er erklärt, warum der Flughafen Hamburg in der Krise überhaupt noch offengeblieben sei:

LEITUNG AVIATION: „Also, ich denke jetzt einfach mal ein bisschen laut.“

Er erklärt, dass die Flughäfen Bestandteil der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur seien und weist auf ihre Betriebspflicht hin. Dann sagt er interessanterweise, dass man Flughäfen in der Krise aus wirtschaftlichen Gründen wahrscheinlich schon geschlossen hätte, sie aber durch die Betriebspflicht offengehalten würden.

LEITUNG AVIATION: „Also als reiner Wirtschaftsbetrieb hätte man möglicherweise auch mal einen Flughafen geschlossen. Haben wir aber nicht und konnten wir nicht, weil wir irgendwo auch Teil einer öffentlichen Infrastruktur sind und dafür eine entsprechende Unterstützung sehen würden.“

(Ich weiß nicht, ob er hier meint, dass es staatliche Unterstützung für die Offenhaltung gab oder ob er gesellschaftliche/politische Unterstützung meinte.)

Generell geht er aber davon aus, dass das Fliegen immer unwichtiger werden wird, und der Flughafen Hamburg sowieso überlege, wie weit er sein Personal und seine Flugauslastung runterfahren könne und trotzdem noch dabei wirtschaftlich rentabel zu bleiben. Sie gehen gerade davon aus, dass man den Flughafen noch wirtschaftlich betreiben könnte, wenn 20 Prozent weniger geflogen würde.

LEITUNG AVIATION: „Und wir in Hamburg haben ja auch jetzt mit unserem Einsparprogramm gesagt: Wir wollen bis 2023, 200 Leute weniger ohne betriebsbedingte Kündigungen haben. Und das setzt auch ein Szenario voraus, dass wir dann 80 Prozent nur des Verkehrsaufkommens haben, z.B. 2023.“

Bei noch weniger Menschen, die fliegen, sei das nicht mehr möglich, sagt er.

LEITUNG AVIATION: „Deutlich schwieriger würde es werden, wenn wir nicht bei 80 Prozent rauskommen, sondern bei 60 Prozent des Passagier-Volumens. Dann haben wir hier eine Situation am Flughafen, da kann man so einen Flughafen nicht wirtschaftlich betreiben. Das funktioniert nicht.“

Ich eröffne LEITUNG AVIATION, dass wir gerade überlegen, alle innereuropäischen Flüge zu streichen. Was er davon halte.

De Vries: „Und das wäre natürlich eine Klimakatastrophe, wenn sich da so wie im Auto jetzt auch jeder ins Flugzeug setzen würde. Und daher überlegen wir tatsächlich, zu drastischeren Marktregeln zu greifen, so wie zum Beispiel alle innereuropäischen Flüge zu streichen und stattdessen die nächsten staatliche Hilfen in ein europäisches Bahn-Netzwerk zu stecken. Das muss natürlich innerhalb der EU auch alles geklärt werden.“



Der Frage des Flugverbots weicht LEITUNG AVIATION aus und betont wieder, der Flughafen Hamburg sei spätestens im übernächsten Jahr klimaneutral (also, der Flughafen, nicht das Fliegen) und habe eben sonst den Auftrag, die Wirtschaft zu verbinden und der Bevölkerung das Fliegen zu ermöglichen, weil die Bevölkerung fliegen wolle.

LEITUNG AVIATION: „Wenn Sie mich als Flughafen fragen, ist es hier meine Aufgabe, zu sehen, dass ich einen wirtschaftlich funktionierenden Flughafen habe.“

LEITUNG AVIATION: „Und wir haben einen Auftrag, Connectivität für die Wirtschaft herzustellen und für die Bevölkerung, die fliegen wollen.“

LEITUNG AVIATION: „Das ist erstmal meine Sicht als Flughafenbetreiber und ich sehe auch keine alternative Verwendung für die Infrastruktur hier.“

Dann wird es sehr interessant, denn jetzt spricht er darüber, welchen Beitrag der Flugverkehr bei der Reduktion des Klima-Effekts spielen könne. Seine Antwort scheint zu sein: Der Beitrag des Flugverkehrs ist weniger Flugverkehr. Denn er sagt hier, dass staatliche Steuerung durch die steigende Luftverkehrssteuer (also teure Flugtickets) plus Klimabewusstsein und Videokonferenzen dazu führen würden, dass Menschen weniger fliegen.

Danach lenkt er aber um und beschuldigt die Autoindustrie.

LEITUNG AVIATION: „Ich persönlich glaube, dass der Flugverkehr als solches nicht hundertprozentig ersetzbar ist. (...) Aber andere Verkehrsträger haben ja einen viel höheren Beitrag, insbesondere das Auto und da bin ich auch schon der Meinung, dass da natürlich auch entsprechend ein Beitrag geleistet werden muss, die viel, viel höher sein kann und auch kommen sollte“.

De Vries: „Wir sind auch im Gespräch mit der Automobilindustrie, da sind wir ganz einer Meinung. Auch dort liegt die Frage nach Umnutzung.“

LEITUNG AVIATION: „Ich will mich auch nicht rausreden natürlich. Natürlich haben wir auch eine Verantwortung und einen Beitrag, aber der muss eben angemessen sein. Und ich sage jetzt mal ein Verbot innereuropäischer Flüge, halte ich nichts von.“

Ich frage, inwiefern sich der Flughafen Hamburg an einem gesellschaftlichen Diskurs zu diesem Thema beteiligen würde und merke, dass LEITUNG AVIATION das Thema immer suspekter wird.

LEITUNG AVIATION: „Wir beteiligen uns gerne an jeder Diskussion. Aber wenn Krisenfestigkeit bedeutet: Wir fliegen nicht mehr, – dann kann man sich sicherlich an einer Diskussion beteiligen, aber das wäre mit Sicherheit nicht die Position, die wir vertreten würden.“

Ich frage, wie er eine Verstaatlichung des Hamburger Flughafens sehen würde. Darauf sagt er, dass der Flughafen Hamburg eh schon mehrheitlich ein Landesbetrieb sei und es kaum einen Unterschied machen würde, ob da noch weitere Teile verstaatlicht würden.

Reaktion des Unternehmens nach Konfrontation mit dem Gedächtnisprotokoll:

Der Mitarbeiter des Flughafen Hamburgs bedankte sich für die Zusendung der Auszüge aus dem Gespräch. Diese habe er zur Kenntnis genommen





GEDÄCHTNISPROTOKOLL GESPRÄCH HELIOS

Gesprächspartner, Institution (Position):

Franzel Simon - CEO Helios Kliniken GmbH

Gesprächsdatum, Uhrzeit:

Mittwoch 8. Juli 11:30 Uhr

Gesprächsort:

Berlin, Telefonat

Gesprächsthema:

Unternehmensverantwortung und politische Regulation,
Systemgrenzen & Demokratieerhalt

Kurze Zusammenfassung (Wichtigste Aussagen):

Das Gespräch war sehr freundlich. Doch war Herr Simon sehr bestimmt gegen jeglichen Vorschlag der Rekommunalisierung. Er hat seine Position verteidigt, dass die Privatisierten es besser machen als die staatlichen und kirchlichen. Auf der Frage nach Löhnen der Pflegekräfte meinte er, dass die Angestellten nach internen Umfragen zufolge angeblich andere Faktoren wichtiger fänden als die Löhne. Auf die Frage nach der damaligen gesetzlichen Lage bis 1985, dass mit und in Krankenhäusern kein Profit gemacht werden durfte, erwiderte er dass er davon nichts wisse, wie es vor 1985 war. Dies hat mich gewundert, weil das eine der zentralen Forderungen des Bündnisses „Krankenhaus statt Fabrik“ ist.

Simon: „Und im Prinzip machen viele Krankenhäuser deswegen Gewinn, weil die Fördermittel, die ja vom Staat kommen sollten für Investitionen, nicht mehr fließen oder nicht mehr im großen Umfang fließen.“

Simon: „Und wenn Sie überlegen, dass kommunale Krankenhäuser, die Defizite machen mit Steuermitteln, die man vielleicht einsetzen könnte, für Kitas, Schulen, Straßen, ist für mich die Frage: Was ist denn da schlimmer? Wenn man auf gute, öffentliche Häuser sieht, die Gewinne machen, die dann an die Staatskasse Gelder abführen, ist das im Endeffekt nichts anderes wie eine Gewinnausschüttung an Aktionäre und die ist dann teilweise höher als das, was die Privaten machen.“

Ausführliches Gedächtnisprotokoll:

Ich melde mich bei Franzel Simon von den HELIOS Kliniken. Ich stelle mich als Frau de Vries vom „Bundesamt für Krisenschutz und Wirtschaftshilfe“ vor. Ich erzähle, dass die Bunderegierung ein neues Konjunkturpaket plant, weil die nächste Rezession auf jeden Fall kommen wird und frage ihn, wie man diese Gelder einsetzen sollte.

**Die kompletten Gedächtnisprotokolle
und Reaktionen der Unternehmen
finden sie unter: [Pen.gg/Klingelstreich](https://pen.gg/Klingelstreich)**

De Vries: „Gleichzeitig steht natürlich das Gesundheitswesen massiv unter Druck. Das wissen Sie ja besser als ich. Von meinen Analysten habe ich bekommen: Die Problematik, der zunehmende Fachkräftemangel beim Pflegepersonal. Klar, die Kritik an der Ökonomisierung des Krankenhauswesens, was jetzt auch durch die Coronakrise noch einmal hervorgehoben wurde. Das alles hat sich zum Glück jetzt bei dem Verlauf der Epidemie noch als ein belastbares System gezeigt. Aber bei einem anderen Verlauf hätte das ja eine massive Schwachstelle der Versorgung werden können. Daher die Frage an Sie. Ihre Einschätzung: Wie und in welcher Form sollte Ihrer Meinung nach die nächste staatliche Hilfe eingesetzt werden?“

Simon sagt, dass er es erstmal grundsätzlich richtig findet, dass man den flächendeckenden Bettenleerstand in den Kliniken erzwungen hat, wobei er denkt, dass man so viel Leerstand wahrscheinlich gar nicht gebraucht hätte, weil Menschen in Deutschland durchschnittlich sowieso nicht so lange im Krankenhaus bleiben. Die könnte man auch innerhalb von einer Woche recht schnell freibekommen.

(Anmerkung: Sagte er hier nicht quasi, dass, weil die Krankenhäuser so durchökonomisiert sind und man die Leute so schnell durch den Krankenhausaufenthalt peitscht, man auch schneller die Betten freibekommt? Ich frage mich, was mit den Vorwürfen ist, dass Helios bewusst Betten leerräumt, um extra Freibettenpauschen abzugreifen.)

Er sagt, den Krankenhäusern solle man, falls die zweite Welle kommt, Geld zur Verfügung stellen, aber nicht in dem Umfang wie bisher.

Danach wollte ich von ihm wissen, ob er sich eine Verstaatlichung von Helios vorstellen könnte.

De Vries: „Der Eindruck, der hier entstanden ist, ist, dass es gesellschaftlich nicht mehr tragbar ist, dass versicherte Gelder an Aktionäre gehen und dass die massive staatliche Intervention dann doch nötig war, führt dazu, dass es Überlegungen gibt, es doch wieder zu einer Rekommunalisierung zu gehen und die Frage, wer sich das vorstellen könnte bzw. unter welchen Bedingungen sich so eine Rekommunalisierung vorstellen könnte.“

Davon schien er überrascht und reagierte sehr direkt:

Simon: „Gar nicht. Wir halten doch davon nichts, weil eins gezeigt hat, dass die privaten Träger die Krise am besten gemeistert haben. Wir hatten am wenigsten Probleme, was Schutzausrüstung angeht. Wir hatten am wenigsten Probleme mit Behandlung von Patienten bei Corona.“

Simon: „Es ist eine Mär, dass alles Geld unsere Gewinne zu den Aktionären fließen. Über 90 Prozent unserer Gewinne fließen zurück in unsere Häuser. Und wenn Sie überlegen, dass kommunale Krankenhäuser, die Defizite machen mit Steuermitteln, die man vielleicht einsetzen könnte, für Kitas, Schulen, Straßen, ist für mich die Frage: Was ist denn da schlimmer? Wenn man auf gute öffentliche Häuser sieht, die Gewinne machen, die dann an die Staatskasse Gelder abführen, ist das im Endeffekt nichts anderes wie eine Gewinnausschüttung an Aktionäre und die ist dann teilweise höher als das, was die Privaten machen.“

Ich frage, ob die Menschen in den Krankenhäusern nicht besser bezahlt werden müssten. Darauf antwortet er, dass in ihren internen Befragungen herausgekommen sei, dass der Lohn nicht an erster Stelle komme.



Simon: „Bei unseren Befragungen in unserem Unternehmen, die wir gemacht haben unter unseren Ärzten und Pflegekräften, kommt das Geld in der Regel immer erst an dritter oder vierter Stelle. Die Arbeitsbedingungen und das Thema ist eine gute Ausbildung.“

Er sagt dann sogar, dass man eigentlich noch weniger Krankenhäuser in Deutschland brauche, da die Leute auch wegen Kleinigkeiten ins Krankenhaus gingen, das müsste sich ändern und dann könnte man zusammenkürzen und das würde seiner Meinung nach sogar gegen den Fachkräftemangel helfen.

Simon: „Aber man sieht natürlich auch, dass Patienten, die vielleicht sonst mal in die Notaufnahme gegangen wäre wegen Husten, Schnupfen, Heiterkeit nicht gekommen sind, und wenn wir die zukünftig auch außen vor lassen, brauchen wir, glaube ich, auch nicht mehr ganz so viele Krankenhäuser, wie wir sie heute in Deutschland haben. Und dann werden ja automatisch die Schwestern oder die Ärzte, die in den Häusern arbeiten, die werden ja nicht arbeitslos, sondern die könnten wir dann nutzen, um die in den anderen Krankenhäusern einzusetzen.“

Ich spreche das Thema der Rekommunalisierung nochmal an, aber er wiederholt den Punkt, dass private Träger die Krise sehr gut gemeistert haben, und er keinen Sinn in einer Verstaatlichung sähe. Ich frage, ob es nicht vielleicht gut wäre, wenn Krankenhäuser keine Gewinne mehr machen dürften.

De Vries: „Bis 1985 war es ja gesetzlich verboten, dass Krankenhäuser Gewinne machen. Daran würde sie nicht rütteln, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe?“

Hier widerspricht er zwar wieder aber sagt dann, dass Krankenhäuser heute gewinnorientiert seien, weil eben nicht genug vom Staat in sie investiert werde. Auch sagt er, dass er nicht wisse, wie das bis 1985 geregelt war, da er erst seit den 90er als Arzt tätig sei.

Simon: „Im Prinzip machen viele Krankenhäuser ja deswegen Gewinn, weil die Investitionen, die vom Staat kommen sollten, die Fördermittel, die ja vom Staat kommen sollten, für Investitionen nicht mehr fließen oder nicht mehr im großen Umfang fließen. Die Quote der Fördermittel liegt ja, glaube ich, nur noch bei 40 Prozent. Also bleibt Ihnen ja nichts anderes übrig, als wenig Träger, die sich Geld beschaffen, um Investitionen zu tätigen, um am Fortschritt teilzunehmen und auch eine gute medizinische Qualität anzubieten.“

Reaktion auf Konfrontation mit Aussagen aus dem Gedächtnisprotokoll:

Bis zum Redaktionsschluss, Mittwoch 12 Uhr, haben sie auf unsere Konfrontationen mit den eigenen Aussagen nicht reagiert.





GEDÄCHTNISPROTOKOLL GESPRÄCH MENNEKES

Gesprächspartner, Institution (Position):

Christopher Mennekes - CEO MENNEKES Elektrotechnik GmbH & Co. KG

Gesprächsdatum, Uhrzeit:

Freitag 10. Juli, 11:00 Uhr

Gesprächsort:

Berlin, Telefonat

Gesprächsthema:

Zulieferer für Volkswagen, Elektroautos, Stecker, Unternehmensverantwortung und politische Regulation, Systemgrenzen & Demokratieerhalt

Kurze Zusammenfassung (Wichtigste Aussagen):

Mennekes, ein Automobilzulieferer war sehr offen und sprach angeregt mit mir, Frau Kohlmann, einer Mitarbeiterin eines „fiktiven Bundesamts für Krisenschutz und Wirtschaftshilfe“ über die Möglichkeiten eines grundsätzlichen Wandels.

Mennekes: „Ich glaube auch, dass wir wahrscheinlich weniger Autos zukünftig benötigen. Sinnvoll ist, wenn man das ganze Thema global denkt.“

Ich frage ihn, ob es kein Problem wäre, wenn es insgesamt weniger Autos gäbe, und Menschen andere Verkehrsmittel stärker nutzen würden. Dazu meint er, dass wir in Zukunft sowieso weniger Autos bräuchten, aber eben mehr Elektroautos.

Mennekes: „Ich glaube auch, dass wir wahrscheinlich weniger Autos zukünftig benötigen. Dass es sinnvoll ist, wenn man das ganze Thema global denkt, weniger Stückzahlen zukünftig zu haben, dennoch brauchen wir Individualverkehr und der sollte nach Möglichkeit elektrisch sein. Und das muss ja erstmal noch kommen, die Stückzahlen die heute auf der Straße sind, sind ja noch wirklich marginal.“

Mennekes: „Und, dass da nun mal der Kapitalismus weltweit, ich sag mal nicht anerkannte, aber nun mal das faktische System ist, müssen wir wettbewerbsfähig bleiben. Nun ist die Frage, ob letztendlich der Staat der bessere Unternehmer ist als Privatwirtschaft. Das glaube ich nicht (lacht), sage ich jetzt einfach mal so. Von daher also eine Abkehr vom Kapitalismus sehe ich, sehe ich tatsächlich schwierig.“

Die kompletten Gedächtnisprotokolle
und Reaktionen der Unternehmen
finden sie unter: [Pen.gg/Klingelstreich](https://pen.gg/Klingelstreich)

Ausführliches Gedächtnisprotokoll:

Er betont am Anfang direkt, dass Mennekes nichts mit Verbrennern zu tun habe, sondern sich rein auf Elektromobilität konzentriere. Er sieht da die Klimaziele der Bundesregierung als seine Orientierung (das würde etwa zehn Millionen E-Autos bis 2030 bedeuten) und hält die Förderprogramme im Bereich Elektromobilität für richtig. Er sieht noch Bedarf für Förderung für die Ladeinfrastruktur, die „Wallboxen“ (?) zu Hause.

Davon, weiter die Verbrenner zu fördern, hält er nichts.

Mennekes: „Da sollte man nicht weiter Industrie schützen, die nicht mehr wirklich in die Zukunft passen. Ich bin schon sehr überzeugt davon, dass Mobilität elektrisch sein wird.“

Ich will von ihm wissen, ob es Mennekes stark treffen würde, wenn der Staat den Individualverkehr massiv einschränken würde.

Kohlmann: „Das heißt, meine Frage wäre jetzt, wenn der Individualverkehr beispielsweise durch staatliche Steuerung massiv geschrumpft wird und wir mehr in andere Formen der Mobilität gehen. Haben Sie dafür Pläne in der Schublade?“

Mennekes sieht sich dadurch nicht direkt betroffen, da er noch immer ein zweistelliges Wachstum in den letzten Jahren in seiner Branche sieht.

Kohlmann: „Wenn das jetzt, Entschuldigung dass ich Sie unterbreche, wenn das jetzt durch Regulierung schrumpfen würde. Haben Sie daran schon mal gedacht?“

Mennekes: „Wie gesagt, es würde ein langsames Wachstum werden. Aber trotzdem glaube ich, dass wir vom Verbrenner auf Elektro umstellen müssen. Ich glaube, dass der Markt immer noch groß genug ist für uns und wir hätten dadurch auch keine Existenznöte.“

Ich frage ihn, ob es kein Problem wäre, wenn es insgesamt weniger Autos gäbe und Menschen andere Verkehrsmittel stärker nutzen würden. Dazu meint er, dass wir in Zukunft sowieso weniger Autos bräuchten, aber eben mehr Elektroautos.

Mennekes: „Ich denke schon. Ich glaube auch, dass wir wahrscheinlich weniger Autos zukünftig benötigen. Dass es sinnvoll ist, wenn man das ganze Thema global denkt, weniger Stückzahlen zukünftig zu haben, dennoch brauchen wir Individualverkehr und der sollte nach Möglichkeit elektrisch sein. Und das muss ja erst mal noch kommen, die Stückzahlen die heute auf der Straße sind, sind ja noch wirklich marginal.“

Ich frage ihn, wie er eine staatliche Beteiligung bei Mennekes sehen würde.

Mennekes: „Das ist schon sehr weitgehend muss ich sagen. Grundsätzlich geht es ja darum, dass wir unseren Wohlstand in Deutschland und Europa erhalten, gegenüber einem aufsteigenden China und wahrscheinlich später auch Afrika und andere Nationen, die alle irgendwo ein Stück vom Kuchen haben wollen. Das ist unbedingt wichtig, um unsere politische Stabilität hier gewährleisten zu können, die ja auch schon, wo man Anzeichen sieht, dass Leute extremistischer werden, das halte ich schon für wichtig. Und, dass da nun mal der Kapitalismus weltweit, ich sag mal nicht anerkannte, aber nun mal das faktische System ist, müssen wir wettbewerbsfähig bleiben. Nun ist die Frage, ob letztendlich der Staat der bessere Unternehmer ist als Privatwirtschaft. Das glaube ich nicht (lacht), sage ich jetzt einfach mal so. Von daher also eine Abkehr vom Kapitalismus sehe ich, sehe ich tatsächlich schwierig.“



Ich will wissen, ob Deutschland nicht aber eine Vorreiterrolle in der Abkehr vom Wachstumsdenken spielen könnte. Da seien andere Staaten, wie zum Beispiel China, aber viel schlimmer als Deutschland, sagt er. Deutschland ist seiner Meinung nach Vorreiter in der Frage, wie man Ökologie und Ökonomie miteinander verknüpfen könne.

Mennekes: „Wenn man der Welt zeigt, dass ökologisches Handeln auch wirtschaftlich erfolgreich ist, und das ist es ja am Ende des Tages, weil wir Raubbau betreiben, und zu Lasten der Umwelt und Natur unser Wirtschaftswachstum nach vorne bringen.“

Ich frage, ob er sich eine größere Mitarbeiterbeteiligung im Unternehmen vorstellen könnte.

Mennekes: „Natürlich gibt es bei uns die Arbeitnehmermitbestimmung, der Betriebsrat, da haben wir ein sehr gutes Verhältnis. Und das ist gut, aber Entscheidungsprozesse gerade komplexer Art, da ist glaube ich nicht jeder Mensch für gemacht, um das mal so zu sagen.“

Das wäre dann auch sehr aufwändig. In einer komplexen Welt kämen viele nicht mit, meint er.

Reaktion auf Konfrontation mit Aussagen aus dem Gedächtnisprotokoll:

Die Firma Mennekes ging nicht auf die Inhalte des Gespräches ein.





GEDÄCHTNISPROTOKOLL GESPRÄCH MTU AERO ENGINES

Gesprächspartner, Institution (Position):

Leiter Unternehmensentwicklung, MTU Aero Engines

Gesprächsdatum, Uhrzeit:

Donnerstag, 09. Juli, 14.30 Uhr

Gesprächsort:

Berlin, Telefonat

Gesprächsthema:

Unternehmensverantwortung und politische Regulation,
Systemgrenzen & Demokratieerhalt

Kurze Zusammenfassung (Wichtigste Aussagen):

Der Leiter der Unternehmensentwicklung bei MTU Aero Engines war sehr offen im Gespräch und hat engagiert mitgedacht über die Vorschläge einer möglichen Umnutzung der unternehmenseigenen Maschinen, innovative Transport- und Reisemöglichkeiten sowie der Stellung des Unternehmens MTU im internationalen Kontext. Unser Gesprächspartner hat aus einer unternehmerischen Ingenieurs-Position gesprochen und hat daraus heraus beschrieben, dass eine Systemänderung aus MTU-Perspektive nicht unter den derzeitigen Gegebenheiten geschehen könne.

Ich nenne die Person im Folgenden LU (Leitung der Unternehmensentwicklung)

LU: „Ja, also theoretisch können wir auch Züge bauen. Die Maschinen haben wir ja, aber der Markt ist ja belegt.“

Ausführliches Gedächtnisprotokoll:

Ich spreche mit LU, dem Head of Corporate Development von MTU Aero Engines. Ich stelle mich vor wie immer (vgl. andere Gesprächsprotokolle). LU ist im Gespräch offen und geht auf meine Fragen als Mitarbeiterin Frau de Vries eines „Bundesamts für Krisenschutz und Wirtschaftshilfe“ ein. Ich frage ihn, auf Grundlage der CO₂-Emissionen und der zukünftig sinkenden Geschäftsreisen, wie und in welcher Weise das angebliche Konjunkturpaket eingesetzt werden soll.

De Vries: „Wie und in welcher Form sollten Ihrer Meinung nach die nächsten staatlichen Hilfen eingesetzt werden.“

In seiner Antwort bestätigt LU meine in der Begrüßung dargelegten Umsatzzahlen des Unternehmens und bestätigt die wirtschaftlich starke Position von MTU Aero Engines in

**Die kompletten Gedächtnisprotokolle
und Reaktionen der Unternehmen
finden sie unter: [Pen.gg/Klingelstreich](https://pen.gg/Klingelstreich)**

der internationalen Wirtschaft. LU legt dar, dass persönliche und private Kontakte trotz Corona und der Digitalisierung wichtig bleiben und sein werden und der Flugverkehr als Transport- und Reisemittel bestehen bleiben werde.

LU: Ich sage Ihnen, der private und persönliche Kontakt wird immer wichtig bleiben und auch dafür sind Flugreisen eine Notwendigkeit.“

Gleichzeitig betont LU, dass bei MTU Aero Engines Entwicklungsingenieure eine große Rolle darin spielen, dem Klimawandel nicht durch Einschränkungen, sondern durch Innovation und Technik begegnen zu können. Ich bitte ihn die Rolle des Unternehmens in Bezug auf das Klima zu definieren.

De Vries: „Wie sehen Sie Ihre Rolle im Thema Umwelt und Entlastung des Klimas?“

Auch hier führt LU die Innovationen des Unternehmens aus und verweist auf die Schwierigkeiten, die eine nachhaltige Reiseform mit sich bringe – für ihn scheint es wichtig darzulegen, dass die Entwicklung von nachhaltigem Fliegen eben Zeit brauche, aber bei Erfolg das Problem des CO₂-Ausstoßes der Flugbranche auch schlagartig stark eindämmen werde. Er betont, dass der Erfolg möglicherweise erst in 20-30 Jahren eintreten werde.

LU: „Die Entwicklung, inklusive der Testphase, wird allerdings noch 20-30 Jahre dauern.“

Ich erläutere LU, dass der Fokus unseres fingierten Bundesamtes auf Szenarienplanung liege und stelle ihm die Frage, nach dem benötigten Leadership einer neuen Wirtschaft, die den derzeitigen Herausforderungen gewachsen ist.

De Vries: „Inwieweit ist die Bereitschaft auf eine neue, zukunftsfähige, klimaneutrale Wirtschaft umzustellen da? Und wäre MTU Aero Engines bereit, sich einem solchen Wandel anzuschließen?“

LU signalisiert in seiner Antwort eine starke Offenheit hin zu einer solchen Wirtschaft, die für ihn jedoch unweigerlich mit technischem Fortschritt und innovativen Entwicklungen zu verbunden sein scheint. Er schließt jedoch die Einschränkung des deutschen Lebensstandards aus. Auch auf meine Aussage, die Überlegung des Bundesamts innereuropäische Flüge zu streichen und das europäische Bahnnetzwerk weiter auszubauen, sehe er sein Unternehmen nicht in der Verantwortung.

LU: „Ja, also theoretisch können wir auch Züge bauen. Die Maschinen haben wir ja, aber der Markt ist ja belegt.“

Als ich im Anschluss frage, ob er sich vorstellen könne, einer NGO einen Platz im Aufsichtsrat des Unternehmens zu geben, bejahte er das.“

Reaktion auf Konfrontation mit Aussagen aus dem Gedächtnisprotokoll:

Der Senior Vice President von MTU Aero Engines AG schrieb uns:

„Festhalten möchten wir, dass Dr. Ottmar Pfänder eine Verstaatlichung von Unternehmen nicht befürwortet hat, sondern lediglich die Bedeutung staatlicher Unterstützung in der Krise hervorgehoben hat. Aus dem Hinweis, dass auch ein NGO zukünftig in einem Aufsichtsrat vertreten sein könnte, kann selbstredend keine Verpflichtung abgeleitet werden, da der Aufsichtsrat von der Hauptversammlung bestimmt wird. Und MTU besitzt auch keine Maschinen, mit denen die Produktion über Nacht auf Züge umgestellt werden könnte. Wir konzentrieren uns kurz- und mittelfristig auf die Reduktion von Emissionen und langfristig auf das Ziel einer emissionsfreien Luftfahrt.“



GEDÄCHTNISPROTOKOLL GESPRÄCH VONOVIA

Gesprächspartner, Institution (Position):

Rolf Buch - CEO Vonovia SE

Gesprächsdatum, Uhrzeit:

Freitag 10. Juli, 10:00 Uhr

Gesprächsort:

Berlin, Telefonat

Gesprächsthema:

Immobilien Sektor, Möglichkeit der Gemeinnützigkeit

Kurze Zusammenfassung (Wichtigste Aussagen):

Ich habe mit Herrn Buch als Frau de Vries vom fiktiven „Bundesamt für Krisenschutz und Wirtschaftshilfe“ telefoniert. Herr Buch hat mich sehr oft unterbrochen. Er war guter Dinge und hat mir gerne die Welt erklärt. Ihm erscheint es nicht problematisch, dass sein Unternehmen im Allgemeinen und insbesondere in der Coronakrise praktisch von Transferleistungen überleben kann, oder dass die Menschen auch noch ihre Miete bezahlen, wenn sie ansonsten sehr wenig Geld haben, weil sie sich eine Zwangsäumung nicht leisten können. (Anmerkung: Hintergrundinfos zu den Transferleistungen hier <https://www.dgb.de/themen/++co++16a09c06-f660-11e9-8fcf-52540088cada>)

Er verteidigt das Modell Vonovia an der Börse, weil er mit dem Kapital Investitionen tätigen könne. Deswegen hielt er nichts von Gemeinnützigkeit, obwohl er dann doch offen war, über die Gründung einer gemeinnützigen Vonovia-Tochter nachzudenken. Leider habe ich hier nicht mehr nachgehakt, wie dies aussehen könnte. Er hält die Aussage, dass 37 Cent der Miete an die Aktionäre gingen (<https://mieteraktionarin.de/vonovia-leg-von-jedem-euro-miete-sollen-37-41-cent-als-dividende-an-die-aktionaere-ausgeschuettet-werden/>) für totalen Quatsch.

De Vries: „Spricht etwas dagegen, dass das Unternehmen gemeinnützig wird?“

Buch: „Ja, das geht nicht, weil wir ein kapitalmarktorientiertes... Aber ich glaub auch ehrlich gesagt die Gemeinnützigkeit nützt Ihnen nix, das ist jetzt eine sehr lange Diskussion. Wir könnten uns überlegen, ob wir eine gemeinnützige Tochtergruppe gründen.“

Offenbar um mir ein bisschen zu imponieren und sein Argument mit einem „Der-sagt-das-auch“ zu unterstreichen, erwähnte er ein Gespräch mit dem französischen Wirtschaftsminister.

Die kompletten Gedächtnisprotokolle
und Reaktionen der Unternehmen
finden sie unter: [Pen.gg/Klingelstreich](https://pen.gg/Klingelstreich)

Buch: „Sie sehen in Frankreich übrigens gerade, da ist der Wohnungsmarkt noch gemeinnützig organisiert. Und der Wirtschaftsminister hat mir gesagt, wenn er eine Entscheidung zurückdrehen würde, dann wäre das diese.“

Menschen würden fast immer ihre Miete bezahlen, weil:

„Natürlich auch so, dass die Menschen natürlich an der Wohnung auch zum Schluss sparen, weil es ja schon ein Grundbedürfnis. Wenn ich jetzt weniger Geld zur Verfügung habe, spare ich vielleicht erst an anderen Sachen, bevor ich meine Miete nicht mehr bezahle.“

Ich will wissen, was er denn denke, was passieren würde, wenn die Wirtschaft einbrechen würde, was dann mit den Mieten wäre. Darauf gibt er die erstaunliche Antwort, dass der deutsche Wohnungsmarkt komplett von der Wirtschaft entkoppelt sei.

Buch: „Solange die Bevölkerung in Deutschland nicht schrumpft, ist der Wohnungsmarkt sehr stabil. Weil die Menschen wohnen, da gibt es keine Alternative. Wenn sie jetzt in einer Wohnung wohnen, können sie jetzt nicht auf einmal eine kleinere Wohnung beziehen. Weil die Nachfrage superstabil ist. Bei Mieten ist die Nachfrage völlig entkoppelt vom Wirtschaftswachstum.“

Ausführliches Gedächtnisprotokoll:

Ich spreche als Frau de Vries mit Herrn Buch.

Ich zähle ein bisschen die Firmendaten von Vonovia auf und vor allem, dass sie ihren Anlegern in den letzten Jahren wieder höhere Dividenden ausschütten konnten. Noch bevor ich die Frage zu staatlicher Förderung stellen kann, fällt mir Buch ins Wort und sagt stolz, dass Vonovia in der Krise überhaupt keine Probleme gehabt habe. Erst hätten sie gedacht, dass Selbstständige in Zahlungsschwierigkeiten kommen könnten, aber dagegen hätten staatliche Lenkungen geholfen.

Buch: „Und die sozialen Sicherungssysteme, also ganz normal Kosten der Unterkunft, Wohngeld, aber auch die Kurzarbeitsregelung hat im Moment dazu geführt, so ist unsere Sichtweise, dass kaum mehr unserer Mieter Probleme haben, also zusätzlich zu sonst.“

Ich frage ihn, wie Menschen ihre Miete denn zahlen sollen, wenn jetzt aber doch die große Arbeitslosenwelle kommen würde. Darauf antwortet er, dass das Geschäftsmodell von Vonovia sehr sicher sei, weil Menschen erst an allem anderen sparen würden, bevor sie ihre Miete nicht mehr zahlten.

De Vries: „Also unsere Analysten sagen, dass insgesamt der Staat über Hartz IV, Wohngeld und so weiter 15 Milliarden an Vermieter weiterleitet. Und manche Mieten mussten ja gestundet werden und jetzt bleibt die Frage, inwieweit Menschen das zurückbezahlen können. Vor allem, wenn die Arbeitslosigkeit eventuell nochmal steigt, je nachdem, wie hart die Rezession sein wird.“

Buch: „Natürlich ist es auch so, dass die Menschen natürlich an der Wohnung auch zum Schluss sparen, weil das ist ja schon ein Grundbedürfnis. Wenn ich jetzt weniger Geld zur Verfügung habe, spare ich vielleicht erst an anderen Sachen, bevor ich meine Miete nicht mehr bezahle.“

Ich will Sanierungen ansprechen, aber Buch fällt mir schon wieder ins Wort. Er spricht direkt drei Themen an, die nach seiner Meinung staatlich finanziert werden sollten: Urbanisierung (mehr Wohnungen in Städten gebraucht), demografischen Wandel und Klima-



schutz (heute wird nur 1 Prozent saniert, das müssten 3 Prozent sein, um die Klimaschutzziele einzuhalten, passiert allerdings nicht).

Buch: „Wir brauchen in den nächsten zehn Jahren bis 2030 drei Millionen zusätzliche altengerechte Wohnungen. [...] Wir laufen hier in die nächste Katastrophe rein. Ich beton das immer wieder.“

Ich frage ihn, wie viel staatliche Unterstützung Vonovia bräuchte.

Buch: „Also es gibt eine Zahl von dem Bundesverband der Wohnungsunternehmen, die im Endeffekt sagen: Wir brauchen bis 2030 achthundert Milliarden zusätzliche Investitionen.“

Buch: „Diese 800 Milliarden müsste aber nicht der Staat geben, denn da würden auch Unternehmen investieren, aber es müsse sich für die eben auch lohnen und das müsse der Staat bezuschussen.“

Diese Gelder würden wohl unproblematisch vom Kapitalmarkt kommen, aber:

Buch: „Wir haben nur ein Rentabilitäts-Problem. Das heißt, man müsste eigentlich durch Zuschüsse nur die Rentabilität lösen. Man braucht nicht die 800 Milliarden finanzieren, sondern nur einen kleinen Teil.“

Ich will wissen, ob er sich, wenn der Staat schon so viel Geld gibt, als Deal auch Zugeständnisse in Richtung Gemeinnützigkeit vorstellen könnte. Daraufhin antwortet er überraschenderweise sofort, dass Vonovia sich ja überlegen könnte, eine gemeinnützige Tochtergesellschaft zu gründen.

De Vries: „Wenn der Staat so massiv investiert, könnten sie Zugeständnisse in Sachen Gemeinnützigkeit machen?“

Buch: „Ja, natürlich würden wir das machen. Das tun wir auch heute schon.“

De Vries: „Spricht etwas dagegen, dass das Unternehmen gemeinnützig wird?“

Buch: „Ja, das geht nicht, weil wir kapitalmarktorientiertes... Aber ich glaub auch ehrlich gesagt die Gemeinnützigkeit nützt Ihnen nix, das ist jetzt eine sehr lange Diskussion. Wir könnten uns überlegen, ob wir eine gemeinnützige Tochtergruppe gründen.“

Offenbar um mir ein bisschen zu imponieren und sein Argument mit einem „Der-sagt-das-auch“ zu unterstreichen, erwähnte er ein Gespräch mit dem französischen Wirtschaftsminister.

Buch: „Sie sehen in Frankreich übrigens gerade, da ist der Wohnungsmarkt noch gemeinnützig organisiert. Und der Wirtschaftsminister hat mir gesagt, wenn er eine Entscheidung zurückdrehen würde, dann wäre das diese.“

Er bezweifelt, dass das wirtschaftlich rentabel wäre, weil das Wohnungsunternehmen „Neue Heimat“ damals pleite gegangen sei und daher die Gemeinnützigkeit für Wohnungsunternehmen abgeschafft worden wäre.

Ich frage ihn, ob es nicht ein Problem sei, dass, wie unsere Analysten sagen, 37 Cent von jedem Euro Miete an Aktionäre geht. Er unterbricht mich jäh.

De Vries: „Der Punkt ist, wenn ich es richtig verstanden hab von meinen Analysten, dann geht jetzt von jedem Euro Miete 37 Cent an die Aktionäre. Und...“

Buch: „Das ist Quatsch, Also Entschuldigung, das ist echt, also das ist total durch, also das ist echt totaler Quatsch. Also Entschuldigung.“

Er erklärt, dass zwar 37 Cent der Miete in etwas gehen, was ich akkustisch nicht verstehen konnte, allerdings diese Berechnung etwas nicht mit einbeziehe, und dass im Endeffekt viel weniger als 37 Cent an Aktionäre gingen.

Er erklärt weiter, dass private Wohnungsgesellschaften viel mehr investierten als öffentliche, weil sie mehr Gelder zur Verfügung hätten. In Wohnungsunternehmen werde so viel investiert, weil Mieten ein sehr langfristiges Geschäft seien.

Buch: „Wenn Sie sich die Mieten der kommunalen Unternehmen und die Mieten einer Vonovia anschauen, dann sehen Sie nahezu gleiche Größen. Das heißt der private Sektor ist offensichtlich in der Lage, ähnliche Mietpreise anzubieten wie der staatlich gelenkte Sektor. Sie sehen auch, dass Vonovia deutlich mehr investiert, als die kommunalen Unternehmen investieren können. Wegen der zusätzlichen Versorgung mit Kapital. Die Frage, die Sie sich ja wahrscheinlich stellen ist, warum ist der Kapitalmarkt eigentlich so blöd und investiert laufend in diese Unternehmen mehr Kapital rein, als dass er rausholt. Das ist relativ einfach zu erklären, weil das Wohnen ein extrem langfristiges Geschäft ist. Wir wissen, dass wir auch in 30 Jahren noch die Miete einsammeln werden. Das ist auch der Grund, warum gerade Pensionsfonds in dieses Geschäft investieren.“

Ich will wissen, was er denn denke, was passieren würde, wenn die Wirtschaft einbrechen würde, was dann mit den Mieten wäre. Darauf gibt er die erstaunliche Antwort, dass der deutsche Wohnungsmarkt komplett vom Wirtschaftswachstum entkoppelt sei.

Buch: „Solange die Bevölkerung in Deutschland nicht schrumpft, ist der Wohnungsmarkt sehr stabil. Weil die Menschen wohnen, da gibt es keine Alternative. Wenn sie jetzt in einer Wohnung wohnen, können sie jetzt nicht auf einmal eine kleinere Wohnung beziehen. Weil die Nachfrage superstabil ist. Bei Mieten ist die Nachfrage völlig entkoppelt vom Wirtschaftswachstum.“

Reaktion auf Konfrontation mit Aussagen aus dem Gedächtnisprotokoll:

Bis zum Redaktionsschluss, Mittwoch 12 Uhr, haben sie auf unsere Konfrontationen mit den eigenen Aussagen nicht reagiert.



GEDÄCHTNISPROTOKOLL GESPRÄCH WESTFLEISCH

Gesprächspartner, Institution (Position):

Konzern-Vertriebsleiter Westfleisch SCE

Gesprächsdatum, Uhrzeit:

Donnerstag, 09. Juli, 11 Uhr

Gesprächsort:

Berlin, Telefonat

Gesprächsthema:

Unternehmensverantwortung und politische Regulation,
Systemgrenzen & Demokratieerhalt

Kurze Zusammenfassung (Wichtigste Aussagen):

Der Konzern-Vertriebsleiter Westfleisch (im Folgenden Vertriebsleiter) war sehr offen im Gespräch und hat auf Aussagen und Vorschläge, die ich ihm als Frau Kohlmann vom fiktiven „Bundesamt für Krisenschutz und Wirtschaftshilfe“ über die mögliche Zukunft der Fleischindustrie und bessere Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter gemacht habe, oft auf die Zielbildvorgabe der Politik verwiesen. Er hat deutlich gemacht, dass er als Westfleisch-Vertriebsleiter einfach einen Auftrag zu erfüllen habe und zwar die Bedürfnisse der Konsument*innen in der Lebensmittelindustrie zu befriedigen. Die Möglichkeiten einer Umnutzung der Maschinen in Richtung vegetarischer Ersatzprodukte o. Ä. wären da und dies auch möglich, sobald kein Fleisch mehr von den Konsument*innen verlangt werde, oder die Politik ein Zielbild gebe.

Vertriebsleiter: „Also, ich richte mich da nur nach den Konsumenten. Also ich kann da auch Erbsen in die Maschinen werfen, das ist das Gleiche für mich. Die Maschinen sind da und beim Rest muss eben die Politik ein Zielbild geben.“

Ausführliches Gedächtnisprotokoll:

Ich spreche mit dem Vertriebsleiter von Westfleisch SCE. Stelle mich vor wie immer (vgl. andere Gesprächsprotokolle). Der Vertriebsleiter scheint zunächst unsicher bezüglich unserer Position und der Ausrichtung des „Bundesamts für Krisenschutz und Wirtschaftshilfe“. Nachdem ich ihn auf die Website verwiesen und die Arbeit unseres Bundesamtes noch einmal zusammengefasst habe, scheint er überzeugt und beginnt das eigentliche Gespräch mit mir. Ich stelle das angebliche Konjunkturpaket vor und der Vertriebsleiter hört ganz aktiv zu. Ich frage ihn, was er sich als Westfleisch SCE denn wünschen würde, von dem angeblichen Konjunkturpaket.

**Die kompletten Gedächtnisprotokolle
und Reaktionen der Unternehmen
finden sie unter: [Pen.gg/Klingelstreich](https://pen.gg/Klingelstreich)**

Kohlmann: „Was würden Sie sich denn wünschen als Westfleisch?“

Der Vertriebsleiter holt weit aus und beschreibt, dass die bisherigen staatlichen, finanziellen Hilfen gut eingesetzt wurden. Auch die Gespräche auf dem Fleischgipfel wertet er als positives Signal für die Fleischindustrie.

Kohlmann: „Also, Sie sehen das auf einem guten Weg? Auch was auf dem Fleischgipfel jetzt besprochen wurde?“

Die von Julia Klöckner gestellte Systemfrage und die Ernsthaftigkeit der Situation für die Fleischindustrie relativiert der Vertriebsleiter. Er verweist auf die Politik, die bei einer tiefgehenden Änderung ein Zielbild geben sollte.

Vertriebsleiter: „Da muss die Politik ein Zielbild geben.“

Als ich ihn auf den Klimawandel und die Problematik von Methan und Lachgas anspreche sowie ihn nach einer strukturellen Umstrukturierung der Fleischbranche frage, verweist der Vertriebsleiter erneut auf die Politik, die einen ersten Schritt machen sollte, was nicht seine Aufgabe als Unternehmer sei.

Vertriebsleiter: „Ich brauche von der Politik ein Zielbild.“

Anhand von zwei Beispielen beschreibt er allerdings auch den Nutzen der Fleischbranche für die Landwirtschaft und die nicht vorhandenen Möglichkeiten, in diesen Fällen auf den Klimaneutralität zu achten.

Vertriebsleiter: „Was glauben Sie denn, wo das Düngemittel für die Felder herkommt?“

Vertriebsleiter: „Was glauben Sie denn, wie es auf den Almen aussehen würde, wenn die Viecher da das Gras nicht mehr wegfressen?“

Als ich ihn darauf hinweise, dass das es vielmehr um die Massentierhaltung und deren Auswirkung auf das Klima geht, wird er lauter und schneidet mir das Wort ab.

Kohlmann: „Naja, um die geht es ja weniger, vielmehr geht es um die Massentierhaltung ...“

Vertriebsleiter: „Was heißt den Massentierhaltung? Wer definiert das denn? Ich höre immer Massentierhaltung, aber ab wann ist das denn Massentierhaltung? Sagen Sie mir doch mal ne Zahl.“

Kohlmann: „Ja, Herr Xxx, ich denke, das wissen Sie besser als ich. (...) 8 Millionen Schweine im Jahr zu schlachten, ist zum Beispiel Massentierhaltung würde ich sagen.“

Dass ich damit auf die Schlachtung und nicht die Haltung der Tiere eingehe, merkt er an, um dann erneut die Politik und Konsument*innen als Nutzende von Westfleisch zu benennen.

Ich breche das Thema ab und stelle ihm die Frage, nach einer resilienten Wirtschaft und der Position von Westfleisch in einem solchen Szenario.

Kohlmann: „Wie schaffen wir eine resiliente Wirtschaft, die unabhängiger von äußeren Einflüssen ist. (...) Es geht nicht um das Ob eines Systemwandels, sondern um das Wie.“

Erneut verweist er mich an die Politik. Wenn die Politik einen Veggie Day beschließe, fände er das in Ordnung.



Vertriebsleiter: „Wenn eine Transformation gewollt ist, brauche ich, als Unternehmen, ein Zielbild von der Politik, dann kann ich mich danach richten.“

Vertriebsleiter: „Also, ich richte mich da nur nach den Konsumenten. Also ich kann da auch Erbsen in die Maschinen werfen, das ist das Gleiche für mich. Die Maschinen sind da und beim Rest muss eben die Politik ein Zielbild geben.“

Ich merke, dass er mit dem immer gleichen Argument kontert, und spreche die kommende Rezession an. Den Fokus in meiner Frage lege ich auf die Arbeitnehmer*innensituation bei Westfleisch und die damit verbundenen Werkverträge. Ich frage ihn nach einer möglichen Perspektive und einer Arbeitnehmer*innenbeteiligung. Der Vertriebsleiter lässt sich auch darauf nicht ein und argumentiert damit, dass Westfleisch sich mit der Situation der Arbeitnehmer*innen im gesetzlichen Rahmen befinde.

Als ich damit beginne, den Systemwandel deutlicher in unser Gespräch einzubinden, unterbricht er mich häufiger und blockt stark ab. Er betont, keine Veränderungs- und Transformationswünsche in seinem Unternehmen in dieser Richtung zu sehen, sondern Antworten der Politik zu erwarten.

Kohlmann: „Ich halte fest, dass Sie in die Richtung eher keine Pläne oder Veränderungen, keine Transformationswünsche oder -perspektive in dieser Hinsicht haben oder sehen, sondern eher Antworten der Politik erwarten.“

Der Vertriebsleiter benennt erneut das Zielbild der Politik nach dem er handeln kann und bestätigt diese Aussage.

Reaktion auf Konfrontation mit Aussagen aus dem Gedächtnisprotokoll:

Bis zum Redaktionsschluss, Mittwoch 12 Uhr, haben sie auf unsere Konfrontationen mit den eigenen Aussagen nicht reagiert.





GEDÄCHTNISPROTOKOLL GESPRÄCH ASKLEPIOS

Gesprächspartner, Institution (Position):

Büro des CEO Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA

Gesprächsdatum, Uhrzeit:

Freitag 10. Juli 12:00 Uhr

Gesprächsort:

Berlin, Telefonat

Gesprächsthema:

Unternehmensverantwortung und politische Regulation,
Systemgrenzen & Demokratieerhalt

Kurze Zusammenfassung (Wichtigste Aussagen):

Die Gesprächspartnerin sei „nur“ Referentin des CEO (im Folgenden Das Büro des CEO Asklepios) und sagte, sie könne kaum was zu den wesentlichen Fragen sagen. Ihr war die Bedeutung der Fragen klar, da sie betonte, dass es offenbar um grundsätzliche Themen gehe. Diese müsste sie mit ihrem Chef besprechen. Sie betonte Telemedizin als die Zukunft und auf der Frage nach potentiell höheren Löhnen erwidert sie, „Wir zahlen gute Gehälter“. Die Frage nach Rekommunalisierung sei zu komplex für sie, so wie auch die Frage nach der größere Einbeziehung der Mitarbeiter in Entscheidungen.

Ausführliches Protokoll:

Ich spreche mit dem Büro des CEO von Asklepios. Die Verbindung ist erst schlecht, aber dann geht es. Ich stelle mich als Frau de Vries vom Bundesamt für Krisenschutz und Wirtschaftshilfe vor. Ich stelle wieder das Konjunkturpaket vor, das es nicht gibt, nenne ein paar Wirtschaftszahlen von Asklepios, denen Das Büro des CEO Asklepios zustimmt.

Ich frage, wo Asklepios Förderungsbedarf im Gesundheitswesen sehen würde. Da setzt sie stark auf Digitalisierung als Schlüssel für die Zukunft. Sie nennt den Begriff Telemedizin. Sie meint, mit mehr Investitionen in diesem Bereich, auch öffentliche Gelder, hätten die Krankenhäuser auch in der Coronakrise besser agieren können. Für Asklepios sei klar, dass dieser Bereich ausgebaut werden müsse.

Nachdem Das Büro des CEO Asklepios also sehr gerne staatliche Hilfe für die Digitalisierung annehmen würde, sage ich, dass die Rettung der Lufthansa von der Bevölkerung nicht akzeptiert worden wäre und wir deshalb über eine Rekommunalisierung einiger Unternehmen nachdenken, und ob sich Frau Zimmer das vorstellen könnte.

**Die kompletten Gedächtnisprotokolle
und Reaktionen der Unternehmen
finden sie unter: [Pen.gg/Klingelstreich](https://pen.gg/Klingelstreich)**

De Vries: „Jetzt ist natürlich ein Punkt: Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass die staatliche Hilfe an Lufthansa, uns so ein bisschen auf die Füße gefallen, weil die Gesellschaft dann doch nicht akzeptiert, dass staatliche Hilfen irgendwann bei Aktionären landen werden.“

De Vries: „Und daher die Frage: Unter welchen Bedingungen könnte Asklepios sich eine Rekommunalisierung vorstellen?“

Darauf möchte Das Büro des CEO Asklepios nicht antworten:

Büro des CEO Asklepios: „Die Frage würde ich tatsächlich überspringen, weil das komplex ist.“

Sie verweist auf ihren Vorgesetzten besseren Gesprächspartner für diese Frage.

Ich mache weiter mit unserem nächsten Punkt: Inwieweit müsste man die Mitarbeitenden besser bezahlen?

De Vries: „Es hat sich ja weltweit jetzt gezeigt, alle klatschen während des Lockdowns, weil das Pflegepersonal weiterarbeitet unter doch auch risikvollen Bedingungen. Aber da stellt sich auch die Frage, muss sich das noch in etwas anderes umsetzen, zum Beispiel in höhere Entlohnung? Wie wird das innerhalb Asklepios gesehen?“

Ich merke, dass Das Büro des CEO Asklepios die Fragen mittlerweile etwas komisch vorkommen. Sie zögert sehr lange bevor sie antwortet:

Büro des CEO Asklepios: „Ähm...Klar steht außer Frage, dass die gut entlohnt werden sollen, ähm was sie aber auch werden. Also wir zahlen gute Gehälter, marktüblich und drüber. Und ja, inwieweit da jetzt natürlich Anpassungen ist jetzt auch wieder eine vage Geschichte, wenn man da Aussagen trifft. Da spielen auch viele Faktoren eine Rolle.“

Als drittes Thema spreche ich die mögliche Teilhabe der Mitarbeitenden an:

De Vries: „Wie beziehen Sie Ihre Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen ein in Entscheidungen? Und könnten Sie da auch vorstellen, Richtung, zum Beispiel ein Modell von Genossenschaft zum Beispiel zu gehen, wo alle tatsächlich auch mitentscheiden über die Zukunft?“

Dazu sagt Das Büro des CEO Asklepios, dass es dafür keine Konzepte gibt, aber die Top-Führungskräfte des Unternehmens Entscheidungen treffen.

Büro des CEO Asklepios: „An sich werden in Entscheidungsprozessen, die ja gravierende Einschlüsse haben, generell immer unsere Top 100 Führungskräfte mit einbezogen.“

Sie meint, da werden Vorschläge erstmal erörtert.

Büro des CEO Asklepios: „Und dann berät sich das Vorstandsgremium noch einmal darüber mit dem Gesellschafter und dann werden solche Sachen beschlossen. Im Großen und Ganzen werden schon unsere Führungskräfte - da sind wir sehr transparent innerhalb unserer Firma - mit einbezogen.“

Ich habe nochmal weiter nach in Richtung Genossenschaft und Vergesellschaftung aber Das Büro des CEO Asklepios blockt ab. Dazu seien ihr keine Pläne bekannt. Sollten unsere offenen Fragen bitte nochmal an sie schicken, dann würde sie die weitergeben, der CEO sei leider gerade im Urlaub.

Reaktion auf Konfrontation mit Aussagen aus dem Gedächtnisprotokoll:

Bis zum Redaktionsschluss, Mittwoch 12 Uhr, haben sie auf unsere Konfrontationen mit den eigenen Aussagen nicht reagiert



GEDÄCHTNISPROTOKOLL GESPRÄCH BMW

Gesprächspartner, Institution (Position):

Leiter Hauptabteilung Politik und Außenbeziehungen

Gesprächsdatum, Uhrzeit:

Mittwoch 8. Juli 14:30 Uhr

Gesprächsort:

Berlin, Telefonat

Gesprächsthema:

Unternehmensverantwortung und politische Regulation,
Systemgrenzen & Demokratieerhalt

Kurze Zusammenfassung (Wichtigste Aussagen):

Hier sprach ich als Frau Kohlmann vom fiktiven „Bundesamt für Kristenschutz und Wirtschaftshilfe“ nicht mit dem CEO, sondern mit der Leitung der Hauptabteilung Politik und Außenbeziehungen (im Folgenden LEITUNG POLITIK). BMW setzt auf Wachstum und ein zurück nach „pre-Corona-Levels“ sowie Digitalisierung als Lösung. Asien wird als wichtiger Absatzmarkt gesehen und seiner Meinung nach solle die Hilfe für die Automobilindustrie vor allem an den Zulieferer gehen, nicht nur die großen, sondern gerade auch die kleineren, die hochspezialisierten Familienunternehmen. Allerdings müssten staatliche Eingriffe immer befristet sein.

LEITUNG POLITIK: „Unsere Position, war, dass nicht nur die neuen Technologien, Elektromobilität gefördert werden sollen, sondern auch die neuesten Generationen der Verbrennungsmotoren, die effizienten Antriebe.“

LEITUNG POLITIK erwähnt die Forschung und Entwicklung, die Deutschland leistet, als wichtigen Punkt, wo ein Konjunkturpaket ansetzen sollte und Elektromobilität (vor allem die Ladeinfrastruktur).

LEITUNG POLITIK: „Und die Industrie geht ja momentan davon aus, dass wir zwei, drei Jahre brauchen, um dann das Prä-Corona-Niveau zu bekommen.“

LEITUNG POLITIK: „Wachstum im PKW-Markt in Deutschland findet schon länger nicht statt. Der deutsche Markt ist für Fahrzeuge ja schon gesättigt.“

LEITUNG POLITIK: „Das Wachstum für die deutsche Autoindustrie ist in Übersee. Die Wachstumsmärkte sind in China, in Asien, teilweise noch in den USA, in Südostasien. Das Modell, das Modell der deutschen Industrie beruht auf Export. Deswegen, wenn zum Beispiel die deutsche Bundesregierung, ja auch Unterstützungsmaßnahmen und die EU-Hilfen unterstützt, dann ist es vielleicht in der breiten Öffentlichkeit immer kontrovers diskutiert. Aber letzten Endes profitieren wir auch in Deutschland davon, weil das auch unsere Absatzmärkte sind.“

Die kompletten Gedächtnisprotokolle
und Reaktionen der Unternehmen
finden sie unter: [Pen.gg/Klingelstreich](https://pen.gg/Klingelstreich)

Ausführliches Gedächtnisprotokoll:

Ich habe über eine Mitarbeiterin des Unternehmens den Kontakt zu LEITUNG POLITIK bekommen, eigentlich sollte auch ein weiterer leitender Mitarbeiter dabei sein, LEITUNG POLITIK meinte aber wir sollten schon mal anfangen, eventuell komme er noch hinzu. Ich habe mich als Mitarbeiterin des „Bundesamts für Krisenschutz und Wirtschaftshilfe“ vorgestellt und erklärt, dass die Bundesregierung eben gerade ein neues Konjunkturpaket schnüre, und wir uns fragen, wie wir dieses Geld am besten anlegen sollen.

Kohlmann: „Ihre Branche steht ja massiv unter Druck. Also Klima, Klimawandel und Corona-Krise? Ja, da brauchen wir ja jetzt nicht darauf eingehen. Darum eine erste offene Frage, die ich an sie hätte, und wo ich sie um eine Einschätzung bitten würde. Wie und in welcher Form sollten Ihrer Meinung nach die staatlichen Hilfen eingesetzt werden?“

LEITUNG POLITIK hat uns sehr offen empfangen und ohne zu zögern sehr lange und ausführlich gesprochen. Die Corona-Krise hätte unterschiedliche Aspekte, er sähe sie aber auf jeden Fall als einen Beschleuniger für wichtige Trends, wie die Themen Umwelt und Digitalisierung. Die Autobranche vergleicht er mit einem Risikopatienten. Sie sei angeschlagen und habe eine Vorerkrankung. Und das sei durch Corona nochmal sichtbarer geworden.

LEITUNG POLITIK: „Unsere Beobachtung hier ist, dass Corona und die Covid19 Krise durchaus als Beschleuniger agiert oder als Katalysator.“

Das letzte Konjunkturpaket der Bundesregierung habe ihn insofern enttäuscht, als Verbrennungsmotoren nicht gefördert worden seien. Das schade der deutschen Autoindustrie, denn da basierten 95 Prozent der Wertschöpfung ja immer noch auf Verbrennern. Und für die Wirtschaft sei es wichtig, dass die Werke ausgelastet seien.

LEITUNG POLITIK: „Unsere Position, war, dass nicht nur die neuen Technologien, Elektromobilität gefördert werden sollen, sondern auch die neuesten Generationen der Verbrennungsmotoren, die effizienten Antriebe.“

Dass die Bundesregierung E-Autos fördere, sei zu begrüßen, und trotz der Krise gäbe es da eine stabile Nachfrage.

Wenn es zu einem neuen Konjunkturpaket käme, dann müsse auf jeden Fall weiter die Elektromobilität gefördert werden, vor allem die Ladeinfrastruktur.

Ein weiterer wichtiger Bereich sei die Forschung und Entwicklung. BMW verkaufe nur 13 Prozent ihrer Fahrzeuge in Deutschland, aber 80 Prozent der Forschung werde hier betrieben.

Mein zweiter Fragenkomplex drehte sich um das Thema Postwachstumsgesellschaft. Was meint BMW eigentlich genau mit Wachstum? Und was hätte er für einen Input in Bezug auf eine Postwachstumswirtschaft? Dieser Frage ist LEITUNG POLITIK eigentlich komplett ausgewichen. Aber er meinte, dass die Autoindustrie wahrscheinlich zwei bis drei Jahre brauchen würde, um auf das Prä-Corona-Niveau zurückzukommen.

LEITUNG POLITIK: „Und die Industrie geht ja momentan davon aus, dass wir zwei, drei Jahre brauchen, um dann das Prä-Corona-Niveau zu bekommen.“

Im PKW-Markt in Deutschland gäbe es zur Zeit übrigens überhaupt kein Wachstum mehr.



LEITUNG POLITIK: „Wachstum im PKW-Markt in Deutschland findet schon länger nicht statt. Der deutsche Markt ist für Fahrzeuge ja schon gesättigt.“

Das wahre Wachstum fände in Übersee statt.

LEITUNG POLITIK: „Das Wachstum für die deutsche Autoindustrie ist in Übersee. Die Wachstumsmärkte sind in China, in Asien, teilweise noch in den USA, in Südostasien. Das Modell, das Modell der deutschen Industrie, beruht auf Export. Deswegen, wenn zum Beispiel die deutsche Bundesregierung, ja auch Unterstützungsmaßnahmen und die EU-Hilfen unterstützt, dann ist es vielleicht in der breiten Öffentlichkeit immer kontrovers diskutiert. Aber letzten Endes profitieren wir auch in Deutschland davon, weil das auch unsere Absatzmärkte sind.“

Ich kam dann auf eine Möglichkeit der Verstaatlichung von BMW zu sprechen.

Kohlmann: „Wir müssen gerade davon ausgehen, dass wir zehn bis 20 Prozent der deutschen Unternehmen, und zwar branchenweit durch staatliche Eingriffe massiv steuern werden müssen.“ Dass wir gerade überlegen staatlich zu steuern, aber es der Bevölkerung nicht verkaufen können, wenn wir – wie bei Lufthansa – überhaupt keine Auflagen machen: „Gerade zum Beispiel Stichwort Lufthansa, dass man eben sehr viel Geld rein gibt ohne eine staatliche Beteiligung. Im gleichen Zuge auch einzufordern, das ist politisch schwer haltbar. Könnte sich BMW denn eine staatliche Beteiligung am Unternehmen vorstellen? Das heißt, die Sache, die wir gerade erarbeiten, da geht es wirklich um einen systematischen Kurswechsel, einen Paradigmenwechsel auch und eben nicht in ein weiter so, und darum stelle ich jetzt mal relativ im Klartext die Frage, wie Sie sich eine staatliche Beteiligung bei Ihrem Unternehmen vorstellen könnten.“

Auf diese Frage reagiert LEITUNG POLITIK sehr verärgert.

LEITUNG POLITIK: „Eine staatliche Beteiligung bei BMW ...“

Er streitet das nicht komplett ab, sondern erklärt, dass es bei BMW ja schon Beteiligungsstrukturen gäbe, die Shareholder-Struktur zum Beispiel und erwähnte den Anker-Aktionär, was für Stabilität Sorge. Ich frage nochmal nach, ob man nicht Teile von BMW verstaatlichen könnte. Er betont dabei auch mehrfach die Bedeutung von OEMs, also Zulieferern und versucht die Verstaatlichungsdebatte weg von BMW und hin zu Mercedes, VW und Opel zu lenken.

Kohlmann: „Aber jetzt, im Zuge der Corona Krise, wird ja doch noch einiges in Frage gestellt und darum wollen wir ein bisschen Klartext reden, wie es zum Beispiel auch bei BMW sein könnte, dass man Teile des Unternehmens in Richtung Verstaatlichung oder Vergesellschaftung denkt.“

Zu BMW will er sich weiterhin nicht äußern, er betont aber, dass die staatliche Rettung bei der Lufthansa sehr gut gewesen sei und das Unternehmen sonst pleite gegangen wäre. Aber nach so einer kurzen Intervention müsse sich der Staat dann wieder komplett zurückziehen. Unternehmen müssten auf eigenen Beinen stehen.

Reaktion auf Konfrontation mit Aussagen aus dem Gedächtnisprotokoll:

BMW schrieb uns, dass sie uns mit dem Gespräch gerne weiterhalfen. Sie machten keinen Unterschied zwischen politischer und öffentlicher Kommunikation. [Anm. d. Red.: In einer früheren Version stand hier „Sie machten einen Unterschied ...“ Dies wurde am 06.08.2020 korrigiert.]